

LANDTAGS NACHRICHTEN

18. Mai

4 / 2017

www.landtag-mv.de

**Tag der offenen Tür
im Landtag**
Sonntag, 18. Juni 2017, ab 10 Uhr



+++ Aktuelle Stunde zur Zukunft der Europäischen Union +++ Enquete-Kommission „Jung sein in M-V“? +++ Deutsch-polnische Zusammenarbeit +++ Moped-Führerschein mit 15? +++ Psychosoziale Prozessbegleitung +++ Kontrolle der Sozialverbände +++ Landesfinale „Jugend debattiert“ +++ Programm zum „Tag der offenen Tür“ des Landtages



Titelfoto (Uwe sinnecker): Der Burggartenflügel mit Hauptturm und Schlosskirche

3	Gastkolumne	Frank Pubantz (OSTSEE-ZEITUNG) zur Rolle und Zukunft der Europäischen Union
4 – 14	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	Aktuelle Stunde	„60 Jahre Römische Verträge – 27 Jahre Erfolgsgeschichte für Mecklenburg-Vorpommern“
6 – 13	Berichte	Deutsch-polnische Zusammenarbeit weiter stärken – grenzüberschreitende Kooperationen des Landes mit Partnerwoiwodschaften ausbauen Aussprache zum Antrag, eine Enquete-Kommission „Jung sein in Mecklenburg-Vorpommern“ einzusetzen Debatte zum Thema soziale Gerechtigkeit Jugend-Mobilität verbessern – Moped-Führerschein ab 15? Familien durch Darlehen gezielt fördern
14	Weitere Beschlüsse	Zweite Lesung Schulgesetz (Schülerbeförderung) Erste Lesung Rundfunkänderungsstaatsvertrag Erste Lesung Kindertagesförderungsgesetz (Erzieher-Ausbildung) Erste Lesung Kommunalprüfungsgesetz Änderung Kommunalabgabengesetz (Straßenausbaubeiträge)
15 – 17	Aus den Ausschüssen	<i>Rechtsausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zum Prozessbegleitungsausführungsgesetz (Psychosoziale Prozessbegleitung) Parlamentsforum Südliche Ostsee – Redaktionskonferenz in Danzig <i>Finanzausschuss:</i> Öffentliche Anhörung von Sozialverbänden <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Information zur BioCon Valley GmbH <i>Bildungsausschuss:</i> Information über europapolitische Schwerpunkte der Landesregierung
18 – 23	Panorama	Landesfinale „Jugend debattiert“ Verabschiedung der langjährigen Präsidentin des Landesverfassungsgerichts Hannelore Kohl Gedenken in Wöbbelin „Tag der offenen Tür“ des Landtages am 18. Juni
24	CHRONIK	

IMPRESSUM

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker,
 www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 8. Mai 2017

Europa lohnt sich



Foto: Frank Söllner

Frank Pubantz ist Chefkorrespondent der Ostsee-Zeitung. Bis 2015 leitete er über einen Zeitraum von 15 Jahren Lokalredaktionen, zuletzt dreieinhalb Jahre lang die der OZ in Rostock.

■ Was nun, Europa? In Frankreich und Österreich sind Staatsoberhäupter von Nationalisten und Rechtspopulisten verhindert worden, in den Niederlanden ein Regierungschef, der Minderheiten ausgrenzen will. Ist jetzt alles wieder gut? Im Gegenteil! Wir müssen in Sorge sein um das europäische Projekt, um Gleichheit, Freiheit und Frieden. Dabei können wir alle etwas tun.

Der Euro wird gern von Europa-Kritikern als das Sinnbild des Untergangs gesehen. Nun: Heute, nach 15 Jahren, ist er immer noch da, hat sich in einem Wirtschaftsraum von 500 Millionen Menschen neben dem US-Dollar etabliert. Wer aus dem Euro, aus dem Europa von heute aussteigen will, sollte zunächst Antworten auf die Frage liefern: Was dann? Wie lautet der Plan B für den

tag recht – nicht fehlerfrei. Im Gegenteil. Es gibt viele unsinnige Regeln. Die Strukturen in Brüssel und Strasbourg wirken für Bürger aus der Ferne starr und verkrustet, intransparent. Was Menschen nicht verstehen, das fürchten sie. Daher muss dringend eine Reform der europäischen Institutionen her, etwa durch eine Direktwahl der EU-Kommission, die Gesetze beschließt, während das gewählte Parlament kaum Macht hat.

Und Europa braucht neben gemeinsamen Werten auch verbindliche Regeln für den Umgang miteinander. Dass Länder wie Polen und Ungarn etwa Meinungs- und Pressefreiheit oder Minderheitenrechte missachten, muss im Ernstfall zu Konsequenzen, Sanktionen führen. Der Ausschluss darf nur ultima ratio, aber sollte eine Option sein. Denn Europa ist ein Projekt, das verbindet, nicht ausgrenzt. Aber Europa ist in Gefahr: durch überzogenen Nationalismus, Fehlinformation, Kräfte, die Fremdenhass schüren und Ängste ausnutzen. Dagegen lässt sich zum Glück einiges tun: reden, zuhören, die Stimme gegen Ungerechtigkeit und dumpfe Parolen erheben.

Die nächste Bewährungsprobe für uns Europäer steht an: Vieles deutet auf eine neue Flüchtlingswelle hin, dieses Mal aus Richtung Afrika. Ländern, die gern EU-Fördermittel, aber auf keinen Fall Kontingentsflüchtlinge wollen, sollte unmissverständlich erklärt werden: Das Friedens- und Freiheitsprojekt Europa gibt es nur mit Nebenwirkungen.

Frank Pubantz

“ Europa ist ein Projekt,
das verbindet, nicht ausgrenzt. ”

Zunächst ist die Europäische Union ein Zusammenschluss aufgrund wirtschaftlicher Interessen. Der Landtag erinnerte in seiner Aktuellen Stunde am 5. April an die Römischen Verträge von 1957. Völker, die miteinander Handel treiben, einen gemeinsamen Markt, ja eine vereinende Währung haben, führen keine Kriege, erklärten SPD und CDU. Damit sind wir schon bei der wichtigsten Leistung der Gemeinschaft: Seit 1945 hat es keinen größeren Konflikt mehr gegeben, ohne den in Jugoslawien vergessen zu wollen. Die EU ist ein Friedensbündnis. Wer heute nationale Egoismen in den Vordergrund rückt, die Schließung der eigenen Grenzen, die Aufgabe des freien Handels und des Euro fordert – nach dem unterstellten Motto: Deutschland zuerst –, der sollte mal seine Großeltern fragen, wie das so war in einem Land im Kriegszustand oder in Schutt und Asche.

Exportweltmeister Deutschland, der auf liberale Regeln mehr als jedes andere Land angewiesen ist? Deutschland ist größter Geldgeber, aber eben auch Hauptprofiteur der EU.

Europa ist aber mehr, das wissen vor allem Generationen, die Freunde in Paris oder Lissabon haben. Europa ist die Idee eines gemeinsamen Lebens in Toleranz, Freiheit und Vielfalt. Vor 25 Jahren lernte ich beim Studium in England (Europa macht's möglich) einen Kanadier kennen, der mich als Ostdeutschen sah. Ich sagte ihm, ich sei Europäer, wenn es denn einer Kategorisierung bedurfte. Außerdem Pazifist, Nichtraucher, Leser, Zuhörer, Angler ... Der Kanadier ist heute mein Freund. Er kritisiert übrigens seinen eigenen Regierungschef, nicht aber die kanadische Gesellschaft und Lebensweise.

Natürlich ist die Europäische Union – und da haben Linke und AfD im Land-

Europa – in Vielfalt geeint und getrennt

60. Jahrestag der Römischen Verträge: Landtag debattiert hitzig über die Entwicklung des Europagedankens

■ Am 25. März 1957, zwölf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, treffen sich Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande und Luxemburg auf dem Kapitol in Rom. Sie schaffen einen Markt, in dem Menschen, Waren, Dienstleistungen und Geld frei zirkulieren können. Die Unterschriften unter den Verträgen schreiben Geschichte: Sie legen den Grundstein für die Europäische Union. Die SPD nahm den 60. Jahrestag der Römischen Verträge zum Anlass, um in der Aktuellen Stunde über Europa zu diskutieren. Es folgte eine Debatte mit ungewöhnlich vielen Rednern und Zwischenrufen. SPD und CDU sprachen von einer Erfolgsgeschichte, auch für Mecklenburg-Vorpommern, und appellierten an die Verantwortung der gesamten Gesellschaft für ein vereintes und friedliches Europa. Die AfD lehnte einen „europäischen Superstaat“ ab, und DIE LINKE forderte grundlegende Reformen.



Thomas Krüger (SPD)

„Der Beginn des vereinigten Europas war keine Blase leerer Versprechungen, die Römischen Verträge waren der Start“, sagte **Thomas Krüger**, Fraktionsvorsitzender der SPD. Der Start für ein Zusammenwachsen, das Nationalismus, Egoismus und Protektionismus überwunden habe. Er würdigte die Europäische Union als Grundlage für Wohlstand, Freiheit und Frieden und betonte, dass die EU auch viel zur Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern beigetragen habe. „Allein in der aktuellen Förderperiode bekommen wir 2,3 Milliarden Euro.“ Natürlich sei

nicht alles perfekt. Insbesondere müsse das EU-Parlament endlich ein Gesetzgebungsrecht erhalten. Bei aller Kritik, die man an der EU üben könne, sei sie – anders als Rechtspopulisten gern darstellten – eines aber ganz gewiss nicht: eine „Saugglocke, die aus uns die Luft der nationalen Souveränität pumpt“. Er warnte „die Orbáns dieser Welt“ davor, Werte wie Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung mit Füßen zu treten. „Wir werden es nicht zulassen, dass diese Errungenschaften durch die Wortführer von einfachen Lösungen, des Chauvinismus und des Egoismus geopfert werden.“

„Das schlechte Image der EU ist in vielen Bereichen nicht gerechtfertigt“, findet auch Europaminister **Lorenz Caffier**. „Sie leistet viel mehr und ist auch erfolgreicher als jede andere supranationale Organisation dieser Welt.“ Weniger Arbeitslose und Schulden, mehr Wohlstand und Beschäftigung – das habe



Europaminister Lorenz Caffier

Mecklenburg-Vorpommern nicht zuletzt auch ihr zu verdanken. Gleichwohl stellten wirtschaftliche Ungleichheiten, Terrorangriffe und die Flüchtlingskrise sie vor große Herausforderungen und führten zu mehr Nachdenklichkeit über die Zukunft der EU. Umso wichtiger sei es, jetzt fest zusammenzustehen. „Wir brauchen kein Europa, das die Krümmung der Bananen oder die Länge von Gurken bestimmt. Wir brauchen ein Europa, das einen freien Waren- und Reiseverkehr ermöglicht, investiert, die Außengrenze sichert und sich auf eine gemeinsame Zuwanderungs- und Asyl-

politik verständigt.“ In unstillen Zeiten wie diesen, in denen ein amerikanischer Präsident Protektionismus predigt, Russland gegen Europa polemisiert und mit China ein gnadenloser „schlafender Riese“ erwacht sei, „ist die Gemeinschaft Europas unser Trumpf“, so Caffier.

„Die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war ein kluger Schritt“, stimmte **Leif-Erik Holm**, Fraktionschef der AfD, seinen Vorrednern zu, setzte dann aber zu einer Generalkritik der EU an. Er warf Krüger und Caffier vor, ein „rosarotes Gemälde“ zu zeichnen, obwohl es an allen Enden der EU „brodelt“ und „knallt“. Wenn die Gründer der Verträge sehen könnten, wie „Eurokraten und tagträumende Politiker“ den ursprünglichen Gedanken überdehnen: „Sie würden sich im Grabe umdrehen.“ Für Holm steht fest, „die Euro-Rettung ist hoffnungslos“. Und: „Es gibt keine europäische Identität.“ Das Zusammenwachsen Europas werde von oben verordnet; das könne nicht funktionieren. „Wir brauchen keine Scheinregierung wie die EU-Kommission und auch kein EU-Parlament, bei dem es sich eigentlich nur um ein Operettenhaus handelt.“ Für einen weltweiten Wettbewerb sei ebenfalls kein „europäischer Superstaat“ nötig. Die Schweiz und Norwegen, beispielsweise, seien klein, nicht in der EU und „die reichsten Länder der Welt“. Für seine Fraktion führe der richtige Weg „zurück zur Europäischen Gemeinschaft, um mit unserem Heimatkontinent wieder voranzukommen“.



Leif-Erik Holm (AfD)



Vincent Kokert (CDU)

Vincent Kokert, Fraktionsvorsitzender der CDU, bezeichnete Holms Äußerungen als „Unsinn“, der so nicht stehen bleiben könne. „Ist bei Ihnen schon einmal angekommen, dass der Euro die stabilste Währung war, die es jemals in Europa gegeben hat? Viel stabiler, als die D-Mark es jemals gewesen ist?!“ Oder dass die Wirtschaft in Griechenland seit drei Jahren wieder wachse? „Im Augenblick verdienen wir damit richtig Geld.“ Natürlich sei es richtig und wichtig, auch kritische Fragen zur EU zu stellen, auch zu den Gründen für den EU-Austritt der Briten. Wenn die AfD vorgebe, auf hochkomplexe Fragen einfache Antworten zu haben, leiste sie dem Populismus Vorschub. Weder die Flüchtlingskrise noch der Brexit lasse sich in drei Sätzen erklären. Ebenso wenig lasse sich die EU auf die Gurkenkrümmung reduzieren. „Die Europäische Union ist der Fall der Berliner Mauer, das Ende des Kommunismus und – das ist der wichtigste Punkt – 70 Jahre Frieden.“ Wenn der AfD die Europäische Union nicht passe, könne sie „ihre gut bezahlten Abgeordneten“ ja aus dem EU-Parlament zurückziehen. „Dann würden wir schon richtig Geld sparen.“



Peter Ritter (DIE LINKE)

Ein gemeinsames Europa – dafür stehe auch seine Fraktion, betonte **Peter Ritter** (DIE LINKE). Es müsse aber endlich Schluss sein mit der neoliberalen

Grundausrichtung der EU. „Wir brauchen einen Politikwechsel. Selbstverständlich sehen wir den, anders als die AfD, nicht in der Rückkehr zum Nationalstaat, sondern in einem Neuanfang der europäischen Gemeinschaft.“ Europa müsse demokratischer, transparenter und sozialer werden. Wer für einen europäischen Finanzmarkt nationale Autonomien beschneide, brauche sich über nationalistische Bestrebungen und Austrittsgedanken nicht zu wundern. „Dass wir an den Rückzahlungen der Griechen verdienen würden, ist doch ein Märchen. Allenthalben die Banken verdienen!“ Von 70 Jahren Frieden in Europa könne mit Blick auf den Jugoslawienkrieg ebenfalls keine Rede sein. Ritter würdigte die vielen europäischen Fördermittel für Mecklenburg-Vorpommern, goss aber auch Wasser in den Wein und fragte: „Was passiert, wenn sie auslaufen? Wie ist die Anschlussfinanzierung gesichert?“ Hier müsse die Landesregierung dringend handeln. „Sonst wird diese Erfolgsgeschichte zum Rohrkrepierer.“

„Wir brauchen in einem vereinten Europa vor allen Dingen ein Miteinander, Zusammenarbeit und keine Aufwiegelung und Hetze der Völker gegeneinander“, betonte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** (SPD). „Ich glaube, das ist die Botschaft, die sich auch die AfD mal hinter die Ohren schreiben sollte.“ Niemand wolle die Souveränität der Nationalstaaten aushebeln, aber es habe sich bewährt, in vielen politischen Feldern gemeinsam zu versuchen, eine bessere Zukunft zu gestalten. Ja, Europa habe viele Probleme. Eine auf Nationalismus ausgerichtete Politik werde diese jedoch nicht lösen. „Wir leben in einer globalen Welt.“ Sie erinnerte daran, dass Deutschland einer der größten Profiteure der EU sei. „Wer das anders darstellt, der sagt schlicht und ergreifend die Unwahrheit.“ Hier sehe sie auch das Landesparlament in der Pflicht, das Image der EU zu verbessern, fügte sie selbstkritisch hinzu: „In vielen Fällen gibt es Fördermittel. Werden dadurch hervorragende Projekte realisiert, dann waren wir das. Wenn es aber Probleme gibt, dann war es die EU. Von diesem Schnack müssen wir weg.“ Trotz der Schwierigkeit, die Interessen aller EU-Mitglieder unter einen Hut zu bringen, bleibe es für sie dabei:



Sylvia Bretschneider (SPD)

„Wir sind ein Europa der Völkergemeinschaft und nicht der Nationalisten. Wir sind ein Europa der Gerechtigkeit und wollen ein Europa der Gerechtigkeit und nicht der Egoisten.“

„Wenn Sie meinen, dass wir von der EU profitieren, dann haben Sie vergessen, dass der Profit, den wir erzielen, letztlich darauf zurückzuführen ist, dass wir der größte Zahlmeister Europas sind“, entgegnete **Enrico Komning** (AfD). „Wenn wir einen Strich unter diese Rechnung machen, dann zahlen wir drauf. Ich weiß nicht, wo da der Profit sein soll.“



Enrico Komning (AfD)

Sich ein großes Miteinander auf die Fahne zu schreiben, sei grundsätzlich nicht falsch. Dazu gehöre aber auch, andere Nationen anzuhören und ihnen nicht den deutschen Willen aufzuzwingen. Der Spruch „Am deutschen Wesen wird die Welt genesen“ könne nicht gelten. „Das haben wir, glaube ich, lange hinter uns.“ Er sieht den „Garant für Frieden und Demokratie“ in einem „friedlichen politischen Nebeneinander“ der Nationen. „Deshalb Ja zu einem Europa der Nationalstaaten und Nein zu einem zentralistischen europäischen Bundesstaat.“

Die vollständige Aussprache können Sie auf der Website des Landtages nachlesen (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder auf dem YouTube-Kanal anschauen.

Zusammenarbeit mit Polen stärken

Landtag bekräftigt Pläne für eine Metropolregion Stettin

■ Der Landtag hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die deutsch-polnische Zusammenarbeit zu stärken. Ganz oben auf der Agenda steht, neben dem Ausbau der Kooperationen mit den Woiwodschaften Westpommern und Pommern, die Schaffung einer grenzüberschreitenden Metropolregion Stettin. Diese ist seit langem im Gespräch. Eine der größten Barrieren ist jedoch die Sprache, wie die Diskussion zum Koalitionsantrag zeigte.

„In Zeiten, in denen die Beziehungen der Regierungen zwischen Warschau und Berlin nicht frei von Spannungen sind und die EU-Kommission Empfehlungen zur Rechtsstaatlichkeit in Polen beschlossen hat, ist die Betonung der regionalen Zusammenarbeit umso wichtiger“, begründete **Jochen Schulte** (SPD) den von seiner Fraktion initiierten Antrag. Mit einem Handelsvolumen von mehr als einer Milliarde Euro sei Polen im vergangenen Jahr Mecklenburg-Vorpommerns zweitwichtigster Außenhandelspartner gewesen. Die Partnerschaften zu den Woiwodschaften Westpommern und Pommern hätten laut Schulte noch viel Entwicklungspotenzial, insbesondere für Handel, Verkehr, Wissenschaft, Kultur und Tourismus. „Deswegen ist der Antrag, abgesehen von allen inhaltlichen Fragen, auch ein wichtiges Signal an die Kollegen in den polnischen Regionalparlamenten, dass wir ungeachtet der Vorstellungen der Zentralregierung auch weiter an der kollegialen, freundschaftlichen Zusammenarbeit festhalten werden.“

Bei den Linken rannte die SPD mit ihrem Antrag offene Türen ein. Seine Fraktion habe schon in der fünften Legislaturperiode einen Antrag eingebracht, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu vertiefen, erinnerte **Helmut Holter** (DIE LINKE). Dass dieser damals abgelehnt worden sei, ärgere ihn noch heute. „Es gibt Momente in der Politik, da geht es nicht um Koalition und Opposition, sondern darum, ob wir als Landtag

Botschafter unseres Landes sind.“ Deshalb werde seine Fraktion dem Antrag zustimmen. Er mahnte aber auch, den „wohlfeilen Worten“ Taten folgen zu lassen. Hier bleibe das Land bislang hinter seinen Möglichkeiten zurück. Gerade die Metropolregion Stettin sei schon 2014 ein zentraler Aufhänger von SPD und CDU gewesen. „So richtig passiert ist da nicht viel.“ Wenn die Koalition für das Amt des parlamentarischen Staatssekretärs für Vorpommern eine halbe Million Euro ausbebe, für die Metropolregion Stettin im Haushalt jährlich aber nur 5.000 Euro vorsehe - „dann stimmt doch da etwas nicht“.

„Polen und Mecklenburg-Vorpommern verbindet eine besondere Freundschaft“, unterstrich auch **Ann Christin von Allwörden** (CDU). „Politisch, gesellschaftlich und zwischenmenschlich sind wir so eng verflochten wie nie zuvor.“ Dies zeige sich beispielhaft in vielfältigen Partnerschaften zwischen Kom-

munen, Schulen, Projektträgern und der Polizei. An einem Punkt hapere es jedoch noch gewaltig, und das sei die Sprache. Das Interesse der Menschen im Grenzgebiet sei groß. Bislang werde für den Spracherwerb aber zu wenig getan. „An dieser Stelle müssen wir noch viel aktiver werden.“ Andernfalls bleibe eine Metropolregion Stettin nur schwer umsetzbar und der Nutzen für Mecklenburg-Vorpommern begrenzt. „Ziel muss deshalb der durchgängige Spracherwerb von der Kita bis zur Schule sein.“

Kooperationen mit Polen auszubauen – dem verschließe sich auch die AfD nicht, sagte **Holger Arppe**. Für ihn werfe der Antrag jedoch noch Fragen auf, insbesondere, wie genau dieser Ausbau erfolgen und wie er finanziert werden soll. „Die Mindestanforderung sollte sein, dass wenigstens die Hälfte aller bezogenen Mittel durch die Republik Polen getragen werden.“



Metropolregion Stettin

Grafik: Landpommeranze - Eigenes Werk, Draft 1, Draft 2, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=19905055>

Foto: Jens Büttner



Die Sprache des Nachbarn zu lernen, ist ein wichtiger Schritt für ein erfolgreiches Miteinander.

Seine Sorge: Die Vorteile könnten einseitig bei Polen liegen. „Allein schon der Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt ist ein sehr heikles Thema.“ Dass polnische Pendler seiner Meinung nach „wunderbar“ von 8,84 Euro in ihrer Heimat leben könnten, gehe zulasten „unserer eigenen Bürger, deren Löhne gedrückt werden“. „Und wie wollen Sie

das eigentlich in Einklang bringen, hier den Tourismus zu stärken und gleichzeitig in Polen auch?“ Sein Vorschlag: Wer Kooperationen ausbauen möchte, sollte das privat und ohne Steuergelder tun. Weil der Antrag insgesamt aber in die richtige Richtung gehe, werde seine Fraktion ihm zustimmen.

Patrick Dahlemann von der SPD warf Arppe vor, „Ammenmärchen“ à la NPD zu erzählen und wenig Kenntnisse über die Potenziale der Region zu haben. „Seit 1998 sind mehr als 600 gemeinsame Projekte auf beiden Seiten der Grenze auf den Weg gebracht worden.“ Spannungen auf europäischer Ebene dürften Erfolge wie diese nicht überschatten. Der Antrag sende daher ein klares Signal an Polen, „wie wichtig uns die Partnerschaften sind“. In den Jahren 2014 bis 2020 stünden von der EU 134 Millionen Euro für grenzüberschreitende Projekte bereit. In Bezug auf eine Metropolregion Stettin sagte er, das Pendant mit Hamburg zeige eindrucksvoll, was sich aus solch einer Zusammenarbeit entwickeln könne. Dass der Weg in Richtung Stettin schwerer sei, liege an der nationalstaatlichen Grenze. Selbstverständlich werde er sich als Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern Haushaltsdiskussionen nicht verschließen, wie das Vorhaben gegebenenfalls finanziell weiter gestärkt werden könne, so Dahlemann.

Antrag SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/414

Schweigeminute



Foto: Uwe Sinnecker

Zu Beginn der Plenarsitzung gedachte der Landtag der Opfer des Bombenanschlags in der Sankt Petersburger Metro am 4. April. „Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern verurteilt diese grausame und menschenverachtende Tat aufs Schärfste. Er bringt seine Betroffenheit, seine Trauer um die

Opfer und sein Mitgefühl mit den Angehörigen und Freunden der Opfer zum Ausdruck“, sagte Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp. Bei dem Attentat waren mindestens 14 Menschen ums Leben gekommen, mehr als 50 wurden zum Teil schwer verletzt.

Ausschuss statt Enquete-Kommission

Jugendliche sollen im Sozialausschuss Gehör finden

■ Braucht Mecklenburg-Vorpommern eine Enquete-Kommission, die die Lage von Kindern und Jugendlichen im Land beleuchtet? Sich zum Beispiel mit Kinderarmut, Möglichkeiten von Mitbestimmung und demokratischer Teilhabe, Chancengleichheit, Mobilität und der Bildungssituation befasst? DIE LINKE findet: ja. SPD und CDU sagen: nein. So hatte auch der Sozialausschuss entschieden. Nach dem gescheiterten Vorstoß, dessen Initiative vom Landesjugendring ausgegangen war, suchten die Linken nun noch einmal

die Diskussion darüber in einer Aussprache im Landtag. An den grundsätzlichen Positionen beider Seiten änderte das nichts.

Für **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE) ist die Sache klar: Nachdem sich die Landespolitik in der vergangenen Legislaturperiode mit dem „Älter werden in MV“ befasst habe, sei es eine logische Konsequenz, sich auch ausgiebig mit der Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu beschäftigen. Dies aus Kostengründen nicht zu tun, halte sie für falsch. Natürlich sei eine Million Euro viel Geld. „Die Währung, mit der Sie für die Nichteinsetzung dieser Enquete-Kommission bezahlen, wird aber nicht der Euro, sondern die Zukunft der Mädchen und Jungen in Mecklenburg-Vorpommern sein.“ Argumente, wonach die Enquete-Kommission zum Älterwerden am Ende nur wenig gebracht habe, ließ sie nicht gelten. „Die Handlungsempfehlungen sind in der Schublade verschwunden? Ja, wie kom-

men sie denn da hin?“ Mit ihrer Absage an eine Enquete-Kommission „Jung sein in MV“, so Bernhardt, stellten sich „SPD und CDU Seite an Seite mit der AfD gegen 200.000 Kinder und Jugendliche im Land“.

Um ein Ohr für Jugendliche zu haben, bedürfe es keiner Enquete-Kommission, entgegnete **Christian Brade** (SPD). Schon jetzt hätten junge Menschen zahlreiche Möglichkeiten, „sich aktiv einzubringen und sich Gehör zu verschaffen“; zum Beispiel bei „Jugend im Landtag“, „Jugend musiziert“, „Jugend fragt nach“, Schülerzeitungswettbewerben, Jugendforen oder über Kreis- und Stadtschülerräte. Anstatt neue Plattformen zu schaffen, plädierte er dafür, die Aufmerksamkeit auf bestehende Projekte zu lenken und diese stärker zu fördern und gegebenenfalls auszubauen. Außerdem müsse das Rad gar nicht neu erfunden werden, schließlich habe bereits Niedersachsen in einer Enquete-Kommission zum demografischen Wan-



Bei den gemeinsamen Jugendprojekten des Landtages und des Landesjugendrings steht die Forderung nach echter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungen immer wieder im Fokus. Dieses Foto entstand 2013 beim Projekt „Jugend fragt nach“.

Fotos: Landesjugendring M-V

del auch das Thema Jugendbeteiligung beleuchtet und 2007 einen Abschlussbericht dazu vorgelegt. „Die Handlungsempfehlungen daraus lassen sich wunderbar auch in unserem Land spiegeln.“

Für **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD) legt die Forderung nach einer Enquete-Kommission grundsätzlich „den Finger in eine Wunde, über die man sprechen muss“, denn in puncto jung sein in Mecklenburg-Vorpommern gebe es zahlreiche Probleme. „Allein 445 Eingaben zu Fragen der Kinder- und Jugendhilfe zeigen, dass es hier in der Tat noch sehr viel zu klären gibt.“ Für eine eigene Kommission sei es aber noch zu früh. „Ich würde gerne abwarten, was die Enquete-Kommission ‚Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern‘ hervorgebracht hat und wie das umgesetzt wird. Wenn wir dann sehen, dass die Gelder gut angewandt waren, können wir gern auch eine Enquete-Kommission zum Jungsein in MV auf den Weg bringen.“ Dieser Nachweis fehle jedoch bislang, so Weber. Hinzu komme die mangelnde Einigkeit bei der inhaltlichen Ausrichtung und der Besetzung eines solchen Gremiums. „Wenn Sie eine Enquete-Kommission beantragen würden, würden wir das aber nicht ablehnen, sondern uns enthalten.“

„Bei allem Verständnis: Ich weiß nicht, was DIE LINKE mit dieser Aussprache erreichen will“, sagte **Maika Friemann-Jennert** (CDU). „Nach mehrmaligen Beratungen sind wir im Sozialausschuss zu dem Ergebnis gelangt, keine separate Enquete-Kommission durchführen zu wollen.“ Der Wunsch der Jugendlichen nach mehr Gehör in der Landespolitik werde damit aber keineswegs ignoriert. Der Landesjugendring habe signalisiert, auch ein anderes gleichwertiges Gremium zu akzeptieren. „Wir haben uns deshalb im Sozialausschuss darauf verständigt, in regelmäßigen Abständen Themen der Jugendlichen auf die Tagesordnung zu setzen. Dazu haben wir auch schon einen ersten Entwurf vorliegen.“ Für sie habe die Aussprache daher nur einen Grund: „DIE LINKE will sich offenbar als Einzige aufspielen, die ein umfassendes Verständnis für die Bedürfnisse und Belange von Jugendlichen hat.“



Foto: Landtag M-V

Am 25. April konstituierte sich das Organisationskomitee des 10. Altenparlaments. Das Thema soziale Gerechtigkeit steht bei den zweijährlich stattfindenden Veranstaltungen immer wieder auf der Agenda. (v.r. Landtags-Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke, Ute Kampschulte, Annelie Katt, Silke Gerhards, Michael Schmidt, Bernd Rosenheinrich, Martin Birkholz, Klaus Labesius)

Bloß Wahlkampf?

DIE LINKE scheitert mit Antrag für mehr soziale Gerechtigkeit

■ **Mehr soziale Gerechtigkeit – wenige Monate vor der Bundestagswahl kristallisiert sich dieser Ansatz parteiübergreifend als eines der tragenden Wahlkampfthemen heraus. So wunderte es auch nicht, dass sich gleich zehn Redner zu Wort meldeten, als DIE LINKE es auf die Agenda der April-Landtagssitzung brachte. Unter dem Titel „Sozial – Gerech – Jetzt“ forderte die Oppositionsfraktion unter anderem gleiche Löhne für Frauen und Männer sowie Ost und West, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium, staatlich geförderte Familienarbeitszeiten und eine sofortige Angleichung des Ost-Rentenwerts an das Westniveau. Die knapp zweistündige Debatte machte deutlich: Gegen mehr soziale Gerechtigkeit ist im Parlament niemand. Welcher Weg dahin führt, darüber wurde jedoch heftig gestritten.**

„Für mehr als 50 Prozent der Befragten war bei der Landtagswahl die Frage

der sozialen Gerechtigkeit wahlentscheidend. Und auch in den nächsten Monaten werden wieder Erwartungen geweckt, weil sich Reden und Versprechungen um dieses Thema ranken werden“, sagte **Simone Oldenburg**, Fraktionsvorsitzende der Linken, in ihrer Antragsbegründung. Doch auch diesmal werde es wie immer sein: Vor Wahlen ploppete das Thema auf, danach ändere sich aber nichts. „Seit wie vielen Jahren sprechen die verschiedensten Koalitionen davon, gebührenfreie Kitas einzuführen, gegen den Missbrauch von Leiharbeit vorzugehen oder sachgrundlosen Befristungen den Garaus zu machen?“ Soziale Gerechtigkeit, das sei für ihre Fraktion eine zentrale Frage, die beantwortet werden müsse, damit der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht weiter zerbröckele. „Wir möchten, dass sich der Landtag heute zum Thema der sozialen Gerechtigkeit klar positioniert.“

Arbeits- und Wirtschaftsminister **Harry Glawe** warf Simone Oldenburg vor, Sozialneid zu schüren. „Den Bürgern in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern geht es so gut wie seit 100 Jahren nicht mehr. Daran werden Sie mit Ihrem Jammern auch nichts ändern.“ Soziale Gerechtigkeit, das bedeute für ihn Vermeidung von Armut, soziale Absicherung und Chancengleichheit, Aufstieg durch Bildung und sozialer Zusammenhalt. Das

Fundament dafür sei die soziale Marktwirtschaft. „Dazu habe ich aber wenig von Ihnen gehört.“ Überdies blende der „populistisch klingende Antrag“ Ernungenschaften wie Mindestlohn, Landesförderprogramme oder sinkende Arbeitslosenzahlen völlig aus. Dass der Staat für Kinder aus sozial schwachen Familien die Kita-Kosten übernehme, unterschlage DIE LINKE ebenfalls gerne. „Das, was Sie hier machen, wird Ihnen auf Bundesebene und im Land am Ende durch die Bürger nicht gedankt, denn Ihre Wahlergebnisse sind nicht so, dass alle Ihren Thesen folgen.“

„Die AfD widerspricht nicht dem Anliegen, dass es möglichst vielen, am besten sogar allen Bürgern unseres Landes möglichst gut gehen soll“, führte **Holger Arpe** (AfD) an. Der Weg dahin führe aber nicht über sozialstaatliche Fürsorge, sondern mehr Selbstverantwortung. „Das Menschenbild linker Sozialingenieure ist das eines infantilen Wesens, das gegen alle möglichen Lebensrisiken zwangsversichert werden muss.“ Das sei nur wirtschaftslähmend. Für seine Fraktion müsse gute Sozialpolitik „den Menschen befähigen, in maximaler individueller Freiheit ein eigenverantwortliches Leben zu führen“. Der beste Weg, Armut zu beseitigen, sei nicht, Einkommen umzuverteilen, sondern zu erzeugen. Die Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, einer gebührenfreien Bildung von der Kita bis zum Studium und der sofortigen Rentenangleichung trage die AfD mit. Alle anderen Punkte nicht. „Sie sind entweder sehr diffus formuliert oder widersprechen unserem Verständnis von fruchtbringender Sozialpolitik.“

Maika Friemann-Jennert (CDU) hält den Antrag der Linken für eine Ansage an den potenziellen Bundeskoalitionspartner SPD. „Es geht wohl um den Wettbewerb Spiegeln, Spiegeln an der Wand, wer ist die Sozialgerechteste im Land?“ Das Letzte, was Deutschland jetzt gebrauchen könne, sei jedoch ein Streit über Gerechtigkeit. „Eine solche Debatte wird die Polarisierung der Gesellschaft eher verschärfen als lindern.“ Die „Wohltatenliste“ des Antrags suggeriere, dass in Deutschland Arbeitslosigkeit und hohe Ungerechtigkeit grassiere und das Bildungssystem sozial

selektiere. Ein Bild, das aus den Zeiten des Manchester-Kapitalismus stamme und nichts mit der Realität zu tun habe. Sie würde gern darüber reden, wie sich die Schulabbrecherquote senken lasse oder wie Menschen, die seit Langem von Sozialhilfe leben, zu mehr Eigenverantwortung geführt werden können. „Aber ich bitte Sie um Verständnis: Als ehrenamtlicher Wahlkampf helfer für DIE LINKE stehe ich, stehen wir, nicht zur Verfügung.“

„Ich finde, wir hatten bis hierher eine sehr spannende Debatte“, resümierte **Torsten Koplin** für DIE LINKE. Rückwärtsgewandte Vergleiche vorzutragen, halte er nicht für zielführend. „Zumal, Herr Glawe: Ihre Argumente ziehen nun wirklich nicht.“ Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs sei nur deshalb gestiegen, weil sich die Teilzeitarbeit verdoppelt habe, hielt Koplin entgegen. Außerdem sei die Quote heute nicht besser als 2002. In Fragen der sozialen Gerechtigkeit gehe es auch nicht allein um Wahlkampf. „Parteistrategen haben erkannt, dass es eine tiefsitzende Sehnsucht nach sozialem Halt und Sicherheit gibt.“ Darauf werde mit sehr unterschiedlichen Konzepten reagiert. „Zwischen dem Schwachen und dem Starken ist die Freiheit, die unterdrückt, und das Gesetz, das befreit“, bekräftigte er noch einmal die Position der Linken.

„Der Bundestagswahlkampf kündigt sich an, und DIE LINKE rappelt am Gitter“, schaltete sich **Jörg Heydorn** für die SPD in die Debatte ein. An der Tür der Sozialdemokraten müsse sie dabei aber nicht rütteln. Ob gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium oder eine staatliche geförderte Familienarbeitszeit: „Das sind seit vielen Jahren unsere Positionen. Dafür brauchen wir Sie nicht.“ Dass sich davon auf Bundesebene nicht habe alles umsetzen lassen, liege in der Natur der Sache: „Koalitionen bedeuten politische Kompromisse.“ Wer das ändern wolle, müsse seiner Partei bei der Bundestagswahl zur absoluten Mehrheit verhelfen. „Dann werden Sie sehen, es rappelt im Karton und wir ziehen diese Dinge zügig durch.“

Den Linken warf er indes vor, so zu tun, als hätten sie „mehrere Gelddruckmaschinen im Keller“, mit denen sich alle

Forderungen einfach so erfüllen ließen. „So kann man rangehen, wenn man sich in der Opposition befindet, aber nicht, wenn man Regierungsverantwortung trägt“ – da müsse man die Dinge austarieren, um nicht pleite zu gehen.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/408



Die vollständige Debatte finden Sie in den Wortprotokollen oder auf dem YouTube-Kanal des Landtages.

Mit 15 aufs Moped?

Landtag sagt „Ja“ zu Modellversuch

■ Der Moped-Führerschein mit 15 soll auch in Mecklenburg-Vorpommern Fahrt aufnehmen. Der Landtag hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, in den Modellversuch einzusteigen. Dieser läuft bereits seit 2013 in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und ist bis April 2018 befristet. Anfang des Jahres wurde er auf Brandenburg ausgeweitet. Ob nun auch in Mecklenburg-Vorpommern das Mindestalter testweise von 16 auf 15 Jahre gesenkt wird, entscheidet letztlich das Bundesverkehrsministerium.

Der CDU ging es mit ihrem Antrag vor allem darum, in ländlichen Räumen die Mobilität von Jugendlichen zu verbessern. „Nur wenn junge Menschen mobil sind, können sie auch ausreichend am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilnehmen“, begründete **Franz-Robert Liskow** den Vorstoß seiner Fraktion. Die Erfahrungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen seien bislang durchweg positiv. „Die Teilnehmer wachsen früh ins Verkehrsgeschehen hinein.“ Er appellierte daran, den eingeschrittenen Weg weiterzugehen und das Mindestalter dauerhaft um ein Jahr zu senken – und zwar nicht nur beim Moped-Führerschein, sondern auch

beim begleiteten Autofahren mit 17. Er habe keine Zweifel, dass Jugendliche dieser Verantwortung gerecht werden können, so Liskow.

Verkehrsminister **Christian Pegel** sprach sich ebenfalls für eine Teilnahme an dem Modellversuch aus, dämpfte aber zu hohe Erwartungen: Ob danach das Mindestalter dauerhaft gesenkt werde, lasse sich noch nicht sagen. Dafür müssten zunächst die wissenschaftlichen Ergebnisse ausgewertet werden – allem voran, ob das Mopedfahren mit 15 tatsächlich ein Plus an selbstbestimmter Mobilität mit sich bringe und wie es sich auf die Verkehrssicherheit auswirke. „Diese Auswirkungen müssen nicht zwangsläufig negativ sein. In den fünf ostdeutschen Bundesländern ist das zu DDR-Zeiten über viele Jahrzehnte erfolgreich praktiziert worden.“ Im Gegensatz zum Mofa, mit dem 15-Jährige schon jetzt fahren dürfen, wäre zudem eine vollwertige Fahrschul Ausbildung notwendig. Mit dem begleiteten Autofahren sei das Ansinnen nicht zu vergleichen. „Der Führerschein mit 17 führt nicht zu mehr Selbstbestimmtheit jugendlicher Mobilität.“ Was sich daraus aber lernen lasse: dass aus Modellprojekten durchaus bundesweite Regelungen werden können. „Lassen Sie uns jetzt gemeinsam schauen, ob das Moped mit 15 einen ähnlichen Erfolg bringt.“

„Der Modellversuch läuft bereits seit 2013 – und erst jetzt kommt ein ernsthafter Vorstoß der Regierungskoalition, sich daran zu beteiligen? Da kann man nur sagen: Guten Morgen!“, kommentierte **Stephan Reuken** von der AfD den Antrag. Seine Fraktion werde ihm trotzdem zustimmen. „Kaum etwas ist für die Attraktivität des ländlichen Raums förderlicher als eine funktionierende Infrastruktur und angemessene Mobilität.“ Nach Reukens Rechnung könnten rund 150.000 Jugendliche davon profitieren. Die bisherigen Regelungen machten den Moped-Führerschein zudem bisweilen unattraktiv. „Wenn man erst mit 16 Moped fahren darf, aber bereits mit 17 am begleiteten Fahren teilnehmen kann, ist es für viele sinnvoller, gleich abzuwarten, bis man Auto fahren darf.“ Zugleich forderte er die Landesregierung auf, noch einen Schritt weiter zu



Foto: Jens Büttner

Das Moped ist für viele Jugendliche vor allem in ländlichen Regionen unverzichtbar.

gehen und einen Modellversuch zum Autofahren ab 16 anzustreben. Dafür könnten, so die AfD, strenge Auflagen gelten. „Diese können von einer Beschränkung auf den reinen Arbeitsweg über ein Fahrtenbuch bis hin zur Einzelfallprüfung der Notwendigkeit reichen.“

Das Land bemühe sich seit Langem, bei dem Modellprojekt dabei zu sein, entgegnete **Jochen Schulte** (SPD). „Diese Versuche sind aber bisher immer am Bundesverkehrsministerium gescheitert.“ Jetzt hoffe Mecklenburg-Vorpommern auf eine Gleichbehandlung mit Brandenburg, das vor Kurzem ebenfalls nach vielen Absagen doch noch aufgenommen worden sei. Die Forderungen der AfD bezeichnete er als „reine Rhetorik“. „Wenn die Fraktion zu etwas auffordern würde, hätte sie einen Änderungsantrag vorgelegt. Das ist aber wie üblich nicht der Fall.“ Schulte warb um breite Zustimmung zu dem Antrag, betonte aber auch, dass es auf europäischer Ebene bei diesem Thema „eine vehemente Zurückhaltung gibt“. Er selbst habe seinen ersten Führerschein mit 16 gemacht. „Das waren sinnvolle Erfahrungen. Ich schätze mal, viele Jugendliche heute werden das mit 15 ähnlich sehen.“

Für die Linken ist der Antrag Zeichen einer verfehlten Verkehrspolitik im Land. „Grundanliegen muss sein, auch ohne eigenes Auto, Motorrad oder Moped von A nach B zu kommen“, betonte **Dr. Mignon Schwenke**. Das sei aber kaum noch möglich, da der öffentliche Personennahverkehr „völlig unzurei-

chend und in einigen Regionen gar nicht mehr existent ist“. Weil die Landespolitik an der Stelle versage, bleibe jungen Leute kaum etwas anderes übrig, als auf individuelle Mobilität zu setzen. „Das ist auch der Grund, warum wir diesen Antrag mittragen werden.“ Die Teilnahme mache jedoch nur Sinn, wenn der Einstieg zeitnah erfolge, schließlich ende der Versuch in nicht mal einem Jahr, so Schwenke. Über einen Führerschein mit 16 zu debattieren, halte sie zum jetzigen Zeitpunkt für sinnlos. Nicht nur Verkehrsminister Pegel habe dem bereits eine Absage erteilt. „Auch das EU-Recht lässt einen Führerschein mit 16 nicht zu.“

Dem öffentlichen Personennahverkehr Versagen vorzuwerfen, wies **Dietmar Eifler** (CDU) als „schräg“ zurück. „Junge Leute wollen mit ihren Freunden mobil sein, an den Baggersee fahren.“ Das „kann, will und soll“ der ÖPNV gar nicht leisten. Aus eigener Erfahrung und zahlreichen Bürgergesprächen wisse er um die logistische Schwierigkeit, private Fahrdienste etwa zur Musikschule oder zum Sportverein zu organisieren. An dieser Stelle biete der Moped-Führerschein mit 15 Jugendlichen eine zusätzliche Möglichkeit der Selbstbestimmung. „Ich bin zuversichtlich, dass die jungen Menschen mit dieser Verantwortung, die ihnen für sich selbst und andere übertragen wird, vernünftig umgehen werden, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.“

Antrag CDU/SPD-Koalition
Drucksache 7/415



Mehrheitliche Überzeugung im Landtag: Familie darf nicht nur als ein „wirtschaftliches Konstrukt“ betrachtet werden.

Foto: Jens Büttner

Kein Kredit fürs Kinderkriegen

AfD-Forderung nach zinslosem Familiendarlehen fand keine Mehrheit

■ 5.000 Euro. Mit dieser Summe wollte die AfD jungen Paaren die Entscheidung zur Familiengründung erleichtern und dem demografischen Wandel entgegenzutreten. In den Genuss des zinslosen Darlehens sollten Familien nach der Geburt des ersten Kindes kommen – sofern sie als Mutter, Vater, Kind zusammenleben und seit mindestens fünf Jahren in Mecklenburg-Vorpommern wohnen. Mit der Geburt des zweiten Kindes sollte ein Drittel des Darlehens, mit einem dritten die gesamte Summe erlassen werden.

„Wir wollen dafür sorgen, dass Paare sich wieder für mehr Kinder entscheiden“, hob **Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) in seiner Antragsbegründung hervor. Dazu müsse die Familienpolitik dringend reformiert werden. Die gut

150 familienpolitischen Leistungen in Deutschland hätten weder „die Zerstörung von Familienstrukturen“ aufhalten, noch Kinder- und Familienarmut beseitigen können. „Wir brauchen endlich eine zukunftsorientierte Familienförderung.“ Auf diesem Weg sei das Familiendarlehen „ein wichtiger Baustein“. „Wir alle tragen die Verantwortung für die Zukunft. Bitte fragen Sie sich, ob Sie sich dieser Verantwortung verschließen wollen, nur weil dieser Antrag von der AfD kommt.“

„Der Antrag ist Populismus pur. Er hilft Familien nicht, sondern diskriminiert und grenzt aus. Und das ist mit mir nicht zu machen“, stellte Sozialministerin **Stefanie Drese** klar. Anders als die AfD richte sie ihren Blick nicht nur auf das klassische Familienbild. „Familien sind zunehmend vielschichtiger“, sagte sie und zählte auf: „Es gibt Familien mit und ohne Trauschein, Alleinerziehende, Regenbogen- und Patchworkfamilien, Familien, die sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern, und Familien mit Migrationshintergrund.“ Zudem suggeriere die AfD, dass die bisherige Familienförderung nicht ausreiche. „Was ist denn Ihr Maßstab dafür?“ fragte Drese. Familie könne und dürfe

nicht nur als ein „wirtschaftliches Konstrukt“ betrachtet werden. Offen bleibe auch die Frage der Gegenfinanzierung. Klar sei hingegen die Intention, die der „scheinheiligen“ zeitlichen Einschränkung zugrunde liege: „Die Wahrheit dahinter ist Ihre Fremdenfeindlichkeit.“ Der Antrag sei nichts anderes als ein „dünnes ideologisches Pamphlet“. „Deshalb mein klares Votum: Keine Unterstützung für dieses Ansinnen.“

„Kinder sind doch keine Möbel, Autos oder Reisen, für die man einfach mal so Kredite bekommt“, ergänzte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). Besonders verwerflich sei, dass die AfD vorgebe, damit die Kinder- und Jugendarmut zu beseitigen. Gerade finanziell schwache Familien treibe ein Kredit jedoch nur weiter in die Schuldenfalle, schließlich müsse das Geld irgendwann wieder zurückgezahlt werden. Dass viele davon befreit würden, glaube sie nicht: Von den rund 180.000 Familien im Land hätten lediglich 16.000 mehr als zwei Kinder. Sie forderte stattdessen 328 Euro Kindergeld, kindergerechte Hartz-IV-Regelsätze, für jedes Kind eine Familienkarte mit monatlich 50 Euro Guthaben sowie kostenfreie Kitas. „Bei 200 Euro Krippenplatzkosten pro Monat ist das

eine Entlastung für Familien von jährlich 2.400 Euro – und das ganz ohne Kredit und ohne, dass sie etwas zurückzahlen müssen.“

Sebastian Ehlers (CDU) empfahl der AfD, den Mund in Sachen traditionelle Familie nicht ganz so voll zu nehmen. „Wie viele der 18 AfD-Abgeordneten leben denn dieses Leitbild Mutter-Vater-Kind? Es sind genau neun!“ Zu behaupten, die Zahl der Neugeborenen befände sich auf einem niedrigen Niveau, gehe ebenfalls an der Realität vorbei. 2013 habe es in MV 12.560 Geburten gegeben, im Jahr darauf 12.830 und 2015 knapp 13.300. Seine Erfahrung als Politiker und Vater zeige: Die Themen, die junge Familien bewegen, drehen sich um Kita- und Schulplätze oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nicht um Darlehen. Investitionen in Kitas, die angekündigten Entlastungen bei den Elternbeiträgen, Elterngeld, Kindergeld oder der Kinderzuschlag für Geringverdiener – all das helfe Familien mehr als ein Darlehen.

„Ich hätte in der Debatte gern wirkliche Argumente gegen unser Familiendarlehen gehört. Bisher habe ich aber keine vernommen“, sagte AfD-Fraktionsvorsitzender **Leif-Erik Holm**. Die von Ehlers vorgelegten Geburtszahlen reichten ihm nicht weit genug zurück. „Wenn wir die Geburten von 1990 sehen, hatten wir noch zehntausend mehr.“ Dass dem nicht mehr so sei, führte er auf einen „hedonistischen Zeitgeist“, Existenzsorgen und hohe Kosten für Kinder zurück. Wer glaube, „die demografische Katastrophe“ mit einer „ungesteuerten Massenzuwanderung“ aufhalten zu können, befinde sich auf einem „Irrweg“. Holms Schätzungen zufolge würde das Familiendarlehen jährlich etwa 15 Millionen Euro kosten. Daran könne die Umsetzung aber nicht scheitern. „Genau genommen sind das ja gar keine Kosten, sondern Investitionen in die Zukunft“ und „das nötige Geld ist ja da, wie wir aus der Migrationskrise gelernt haben.“

Christian Brade (SPD) erinnerte der Vorstoß der AfD an den Ehekredit in der DDR. Auch das sei eine „eigenwillige Art von Förderung“ gewesen. Diese habe in Kombination mit einer freizügigen Wohnungsvergabe ihre Wirkung nicht

verfehlt – letztlich aber insbesondere für Kinder nicht nur Förderliches gebracht: „Die Scheidungsquote sprach eine eigene Sprache.“ Sich für eine Familie zu entscheiden, sollte „nicht vordergründig eine Frage des Geldes, sondern vielmehr eine Frage der Einstellung sein“. Dass gute Rahmenbedingungen solch eine Entscheidung begünstigen, sei unbestritten. „Und genau dafür hat die Landesregierung in den vergangenen Jahren eine Menge getan.“ Für ihn stehe deshalb fest: „Hier ist ein guter Platz für Familien. Aber nicht für einen Antrag, dem jeder Blick auf die Realität nach vorne fehlt.“

Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt. Antrag AfD Drucksache 7/403

You Tube

Während der Aussprache meldeten sich noch weitere Abgeordnete zu Wort. Die Debatte im Wortlaut können Sie auf dem youtube-Kanal des Landtages anschauen oder unter www.landtag-mv.de in den Plenarprotokollen nachlesen.

Foto: Anke Berger



Das Erinnerungsfoto von der Tagung im Schweriner Schloss reist mit den Teilnehmenden in 21 Heimatländer.

„Wir bewegen die Welt von morgen“

Finale einer internationalen Jugendkonferenz im Landtag

Am 21. April begrüßte Landtags-Vizepräsidentin **Dr. Mignon Schwenke** 50 junge Menschen aus 21 Ländern im Plenarsaal des Schweriner Schlosses. Unter dem Motto „Wir bewegen die Welt von morgen“ hatten die Teilnehmenden drei Tage lang in Schwerin

diskutiert, welchen Einfluss die aktuellen politischen Entwicklungen auf ihr Leben und ihre Mobilitätschancen haben, welchen Beitrag internationale Jugendbegegnungen zu Austausch und Verständigung leisten und wie mehr Jugendliche für Auslandsaufenthalte begeistert werden können. Beim Finale im Schweriner Schloss haben sie ihre Forderungen an Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig übergeben. „Auch in den Gremien des Landtages und in den Kommunen werden die Vorschläge, die Sie uns heute im Ergebnis ihrer Jugendkonferenz unterbreiten, Gehör finden“, sicherte Dr. Mignon Schwenke den Jugendlichen zu.

Weitere Beschlüsse

Straßenausbaubeiträge

■ Grundstückseigentümer sollen auch weiterhin Straßenausbaubeiträge zahlen. Die AfD hatte vorgeschlagen, die Erhebungspflicht im Kommunalabgabengesetz abzuschaffen und es den Kommunen zu überlassen, ob sie die Bürger an den Kosten beteiligen. SPD und CDU lehnten das ab. Damit wurde der AfD-Geszentwurf auch nicht zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen. Innenminister Caffier verwies darauf, dass die konkrete Höhe der Beiträge schon jetzt im Ermessen der Kommunen liege. Das Gesetz gebe lediglich vor, dass Gemeinden mindestens zehn Prozent der Kosten zu tragen hätten.

Entsprechend der Geschäftsordnung wird der Geszentwurf nun spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung des Plenums gesetzt. Allerdings will der Innenausschuss das Thema vorher doch noch einmal mit externen Sachverständigen erörtern. Dies hat der für kommunale Angelegenheiten zuständige Fachausschuss auf Antrag der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 4. Mai beschlossen.

Geszentwurf AfD Drucksache 7/398

Landesrechnungshof

■ Der Landesrechnungshof soll mehr Prüfrechte bekommen. Das sieht ein Geszentwurf von SPD und CDU vor. Konkret geht es um Anbieter sozialer Dienste. Die beabsichtigten Änderungen sollen eine bessere Kontrolle über den Einsatz der von Kommunen und Kreisen weitergereichten öffentlichen Gelder für die Sozial- und Jugendhilfe oder die Kinderbetreuung ermöglichen. Nach der Ersten Lesung im Landtag wird die Novelle des Kommunalprüfungsgesetzes nun in den Ausschüssen beraten.

*Geszentwurf SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/413*



Foto: Jens Büttner

Schülerbeförderung

■ Auch in Schwerin und Rostock dürfen Schüler nun kostenlos mit Bus und Bahn zur Schule fahren, wenn sie an einer örtlich zuständigen Schule lernen und ihr Schulweg länger als zwei (Grundschulen) oder vier Kilometer (weiterführende Schulen) ist. Der Landtag hat das Schulgesetz entsprechend angepasst. Die Gesetzesänderung ermöglicht es jetzt außerdem, den Schülersprecher direkt – also durch alle Schüler – zu wählen. Bisher oblag dies ausschließlich dem Schülerrat. Welche Variante sie anwenden, bleibt den Schulen aber selbst überlassen. Anpassungen gab es auch noch in einem dritten Punkt: Der Bildungsgang „Berufsbegleitende Erzieherausbildung“ wurde ebenfalls ins Schulgesetz aufgenommen.

*Antrag SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/144*

*Beschlussempfehlung Bildungsausschuss
Drucksache 7/441*

Kindertagesförderung

■ Um dem Fachkräftemangel in Krippen und Kindergärten entgegenzuwirken, plant die Landesregierung ab Herbst einen neuen Ausbildungsweg zum Erzieher. Die Ausbildung zur staatlich geprüften Fachkraft in Kindertageseinrichtungen soll im Gegensatz zu staatlich anerkannten Erziehern nur drei statt vier Jahre dauern sowie Theorie und Praxis enger verzahnen. Die Auszubildenden sollen auch eine Ausbildungsvergütung erhalten. Das ist in der bisherigen Erzieherausbildung nicht der Fall. Der Vorstoß von SPD und CDU macht eine Änderung des Kindertages-

förderungsgesetzes notwendig. Diese wurde in der Aprilsitzung in Erster Lesung behandelt und zur Detailberatung in den Sozial- und den Finanzausschuss überwiesen. Der Sozialausschuss führte dazu am 10. Mai eine öffentliche Experten-Anhörung durch.

*Geszentwurf SPD/CDU-Koalition
Drucksache 7/412*

Rundfunkstaatsvertrag

■ Der Hörfunkrat des Deutschlandradios muss die Anzahl seiner staatlichen und staatsnahen Mitglieder reduzieren. Von den künftig 45 statt 40 Mitgliedern darf nur ein Drittel von staatlichen Institutionen entsandt werden. Auch beim Verwaltungsrat sind Anpassungen nötig. Das soll nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts den staatlichen Einfluss auf die Gremien verringern. Zudem sollen die Inkompatibilitätsregelungen verschärft werden. Aus diesen und kleineren formalen Gründen muss der Rundfunkstaatsvertrag geändert werden. Nach einer Aussprache in Erster Lesung wurde der Geszentwurf zur weiteren Beratung in die Ausschüsse überwiesen.

*Geszentwurf Landesregierung
Drucksache 7/372*

Berichtigung

Zur Behauptung der Landtagsnachrichten (Ausgabe 3/2017), er habe an „NPD-Aufmärschen“ teilgenommen, erklärt der Abgeordnete Bert Obereiner (AfD): Die Aussage ist falsch. Ich habe nie an Demonstrationen der NPD teilgenommen. Anmerkung der Redaktion: Bert Obereiner hat recht.



Anhörng im Finanzausschuss zur Arbeit der Sozialverbände



Fotos: Landtag M-V

Sozialverbände

Öffentliche Anhörung im Finanzausschuss

■ Im Dezember 2016 hatte die Fraktion DIE LINKE im Landtag den Antrag „Sozialverbände besser prüfen und unterstützen“ gestellt. Hintergrund waren Medienberichte über den Verdacht der unsachgemäßen Verwendung von Steuergeldern durch einzelne Wohlfahrtsverbände.

Der Finanzausschuss führte hierzu am 30. März eine öffentliche Anhörung durch und bat verschiedene Sachverständige und Institutionen um deren Einschätzung.

Die Anzuhörenden wiesen übereinstimmend zunächst auf die große Bedeutung und lange Tradition der Freien Wohlfahrtspflege hin. In den Vereinen und Verbänden würden mehr als 150.000 Menschen arbeiten, zwei Drittel davon ehrenamtlich. Bei der Forderung nach mehr finanziellen Eigenmitteln der Verbände dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass durch die Ehrenamtlichen erhebliche Eigenleistungen erbracht würden, sagte die Vertreterin des DRK-Landesverbandes. Allein im Jahr 2015 hätten beispielsweise die 2.904 ehrenamtlich Tätigen im DRK in Form von Arbeit und Hilfeleistungen einen Wert von mehr als 1,3 Millionen Euro erbracht. Nach Auffassung des Vertreters der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege übe das Land sehr wohl seine Steuerungsfunktion aus. Zu kritisieren sei, dass in den Doppelhaushalten des Landes die entsprechenden

Zuweisungen seit 2008 festgeschrieben seien und sie keine Dynamisierung erfahren würden, obwohl die Personalausgaben aufgrund von Tarifsteigerungen stetig anstiegen.

Der Vertreter des Landkreises Vorpommern-Greifswald sprach sich für mehr Transparenz aus, um die Gesamtkostenstruktur nachvollziehen zu können. Da die kommunalen Prüfbehörden mit einer Prüfung von landkreisübergreifenden Strukturen aber wohl überfordert wären, könnte in diesen Bereichen der Landesrechnungshof tätig werden.

Die Prüfungsrechte des Landesrechnungshofes halte sie für ausreichend, erklärte die Vertreterin des Landkreises Nordwestmecklenburg, forderte jedoch von den Leistungserbringern eine deutlichere Eigenmitteleinbringung.

Die Präsidentin des Landesrechnungshofes betonte, dass die Ausführungen im Sonderbericht des Landesrechnungshofes zu den kommunalen Sozialausgaben keine grundsätzliche Kritik seien, vielmehr erkenne man die Bedeu-

tung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände an. Allerdings gebe es Transparenzprobleme für das Land als Geldgeber. Allein die Möglichkeit einer Prüfung durch den Landesrechnungshof könne ihrer Meinung nach schon präventiv wirken und zu Verbesserungen bei Effizienz, Effektivität und Transparenz führen.

Der Landkreistag M-V dagegen plädierte dafür, die kommunalen Prüfbehörden personell zu stärken, anstatt die Rechte des Landesrechnungshofes auszuweiten.

Auch für die Vertreterin vom Bund der Steuerzahler ist die Arbeit der Wohlfahrtsverbände unverzichtbar. Allerdings müsse es auch nachprüfbar sein, ob die Finanzierung durch Land und Kommunen auskömmlich sei.

Die Mitglieder des Finanzausschusses werden die Stellungnahmen der Anzuhörenden in ihren Fraktionen auswerten. In seiner Sitzung am 11. Mai will der Ausschuss seine Beschlussempfehlung an den Landtag erarbeiten.

Freie Wohlfahrtspflege

Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine Säule des Sozialstaates der Bundesrepublik Deutschland. Unter Freier Wohlfahrtspflege werden alle Dienste und Einrichtungen verstanden, die sich in freigemeinnütziger Trägerschaft befinden und sich in organisierter Form im sozialen Bereich und im Gesundheitswesen betätigen. Sie arbeiten mit den öffentlichen Sozialleistungsträgern zusammen und ergänzen deren Angebote. In der Freien Wohlfahrtspflege in M-V sind folgende Spitzenverbände tätig:

- **Arbeiterwohlfahrt**, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- **Caritas Mecklenburg e. V./Caritasverband für das Erzbistum Berlin e. V.**
- **Deutsches Rotes Kreuz**, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- **Diakonisches Werk** Mecklenburg-Vorpommern e. V.
- **Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband**, Landesverband M-V e. V.
- **Zentralwohlfahrtsstelle der Juden** in Deutschland e. V.

Psychosoziale Prozessbegleitung

Experten-Anhörung im Rechtsausschuss

■ Seit diesem Jahr haben Opfer von Gewalt- und Sexualstraftaten bundesweit einen Rechtsanspruch auf kostenlose professionelle Begleitung vor, während und nach einem Gerichtsprozess. Im Januar hatte der Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung zur sogenannten psychosozialen Prozessbegleitung in Erster Lesung behandelt und dann zur Detailberatung in die Ausschüsse überwiesen. Am 22. März hörte der federführende Rechtsausschuss Experten zu dem Gesetzentwurf an.

Dabei ging es im Schwerpunkt um die zukünftige Finanzierung der psychosozialen Prozessbegleiter und den Umfang der Leistungen. Bezug genommen haben die Experten dabei mehrfach auf das vom Justizministerium 2010 ins Leben gerufene Modellprojekt zur psychosozialen Prozessbegleitung für verletzte Kinder und Jugendliche, welches sie als sehr erfolgreich einschätzten. Allerdings lehnten sie das im Gesetzentwurf vorgesehene – im Vergleich zum Modellprojekt als eingeschränkter empfundene – Finanzierungsmodell zur Ausführung der bundesrechtlichen Vorgaben allein durch Fallpauschalen ab; es stelle einen Rückschritt gegenüber der Finanzierung im Modellprojekt dar. Im Rahmen der Anhörung wurden verschiedene Finanzierungsvarianten thematisiert. Außerdem ging es immer wieder um das Thema der Netzwerkarbeit sowie um die Sicherstellung der Qualitätsstandards in der psychosozialen Prozessbegleitung.

Nachdem der Rechtsausschuss in seiner Folgesitzung die Anhörung gemeinsam mit der Justizministerin ausgewertet hat, einigte man sich bei der Finanzierung auf einen Kompromiss: Die Landesregierung wird aufgefordert, zukünftig in jedem der vier Landgerichtsbezirke

einen Träger, der die psychosoziale Prozessbegleitung anbietet, zu fördern. Der Ausschuss schlägt hierfür einen jährlichen Sockelbetrag von 15.000 Euro je Träger vor.

Mit dem Gesetz setzt das Land den in die Strafprozessordnung aufgenommenen und am 1. Januar 2017 in Kraft getretenen bundesweiten Rechtsanspruch auf professionelle Prozessbegleitung in Landesrecht um und regelt die Anerkennung der psychosozialen Prozessbegleiter sowie der entsprechenden Aus- und Weiterbildungen.

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 7/138

Beschlussempfehlung des

Rechtsausschusses Drs. 7/569

BioCon Valley

Expertengespräch im Wirtschaftsausschuss

Die BioCon Valley GmbH ist der Partner für Life Science und Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern, unterstützt als zentraler Ansprechpartner und Dienstleister die Akteure in den Branchen und engagiert sich für die wirtschaftliche und wissenschaftliche Profilierung des Standortes Mecklenburg-Vorpommern. Am 30. März hat sich der Wirtschaftsausschuss bei einem Expertengespräch mit dem Geschäftsführer der BioCon Valley GmbH über die Aktivitäten der Gesellschaft informiert.

In Mecklenburg-Vorpommern ist mittlerweile jeder fünfte Beschäftigte in der Gesundheitsbranche tätig. Etwa jeder achte Euro des deutschen Bruttoinlandsproduktes entsteht in der Gesundheitswirtschaft. Mit einem Bruttowertschöpfungsanteil der Gesundheitswirtschaft an der Gesamtwirtschaft von 15,3 Prozent im Jahr 2016 belegt das Land den zweiten Platz im Bundesvergleich. Allerdings hat Mecklenburg-Vorpommern noch einen erheblichen Nachholbedarf beim Export der Gesundheitswirtschaft. Ziel des Landes ist es, Gesundheitsland Nr. 1 in Deutschland zu werden. Im Rahmen des mit dem Land geschlossenen Dienstleistungsvertrages „Koordinierung von Maßnahmen der Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern“ gehören Netzwerkmanagement und Branchenmonitoring, Projektinitiierung und -begleitung, Internationalisierung sowie Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen zu den Aufgaben der BioCon Valley GmbH. Am 23. und 24. Mai findet in Rostock die 13. Nationale Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft unter dem Motto „Mensch und Markt in der Digitalen GesundheitsWelt“ statt. Partnerland ist in diesem Jahr Estland.

Darüber hinaus hat sich der Ausschuss mit der Unterrichtung durch die Landesregierung „Europapolitische Schwerpunkte des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2017 – Auswertung des Arbeitsprogramms 2017 der Europäischen Kommission“ (Drucksache 7/307) befasst und in seiner Sitzung am 4. Mai eine mitberatende Stellungnahme für den federführenden Innen- und Europaausschuss beschlossen.

Neuer Vorsitz im Rechtsausschuss

In seiner Sitzung am 4. Mai 2017 bestimmte der Rechtsausschuss des Landtages den SPD-Abgeordneten **Philipp da Cunha** zum neuen Vorsitzenden. Der 29-jährige Diplomingenieur für Elektrotechnik tritt an die Stelle von Dirk Friedriszik (SPD), der dieses Amt im März dieses Jahres niedergelegt hatte. Philipp da Cunha ist Fraktionssprecher für Energie- und Verbraucherschutzpolitik sowie für Digitalisierung und Netzpolitik.





Vertraten M-V bei der Redaktionskonferenz in Danzig: Dietmar Eifler, Beate Schlupp, Jochen Schulte, Dirk Friedriszik (v.l.)

Europa und Zensuren

Ministerien informieren Landtags-Ausschüsse

Das Bildungs- und das Innen- und Europaministerium haben auf der Sitzung des Bildungsausschusses am 3. Mai die Abgeordneten über die aktuellen europapolitischen Schwerpunkte des Landes informiert.

Danach stehe derzeit so gut wie jede Entscheidung im Zeichen der Brexit-Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und Großbritannien. Daher sei es wichtig, so das Innen- und Europaministerium, dass sich alle Länder an den Verhandlungen beteiligten. Im Bereich Bildung umfasst das Arbeitsprogramm 2017 der Europäischen Kommission 21 Punkte. Der Bildungsausschuss hat einstimmig dem federführenden Innen- und Europaausschuss empfohlen, dem Landtagsplenum zu empfehlen, die Unterrichtung der Landesregierung (Drucksache 7/307) „verfahrensmäßig für erledigt zu erklären“.

Die Bewertungsmaßstäbe an allgemeinbildenden Schulen sowie die Anzahl der Klassenarbeiten und die Gewichtung der Zensuren werden in einer späteren Ausschusssitzung wieder Thema sein.

Parlamentsforum

Redaktionskonferenz in Danzig

■ Auf Einladung des Sejmik der Woiwodschaft Pommern fand am 20. und 21. April in Danzig die diesjährige Redaktionskonferenz des Parlamentsforums Südliche Ostsee statt. Im Rahmen dieser Konferenz wurde die Resolution erarbeitet, die Ende Mai während der Jahreskonferenz in Stettin beschlossen werden soll. Im Schwerpunkt geht es um tourismuspolitische Fragen und damit um einen landespolitischen Schwerpunkt. Die Beratungen waren durch eine internationale Anhörung in Schwerin am 8. März 2017 vorbereitet worden.

„Wir haben erreicht, dass die Anliegen unseres Landes in den Entwurf eingeflossen sind“, sagte die Delegationsleiterin des Landtages, Vizepräsidentin **Beate Schlupp**. So solle das Baltic Sea Tourism Forum – eine Form der ostseeweiten Kooperation im Tourismusbereich, die auf Initiative des Landtages zurückgeht – weiter aufgewertet werden. Auch das in der Schweriner Anhörung vorgestellte Projekt „Schlösser und Gutshäuser im Südlichen Ostseeraum“ werde unterstützt. „Uns geht es in diesem Jahr vor allem um den Kulturtourismus, dessen Potenzial wir besser als bisher nutzen sollten“, betonte Schlupp. Das sei hochaktuell: Das Jahr 2018 soll Europäisches Jahr des kulturellen Erbes werden. „Die damit verbundene öffentliche Aufmerksamkeit sollten wir auch für unser Land und für unsere Region nutzen.“

Massenpetition zur Rostocker Philharmonie

■ Die Philharmonische Gesellschaft Rostock e. V. übergab am 4. Mai eine Sammlung von mehr als 14.000 Unterschriften an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses Manfred Dachner (l.). Die Unterzeichner der Petition sprechen sich für den Erhalt der Norddeutschen Philharmonie Rostock aus. Mit der Aktion protestiert der Förderverein der Philharmonie gegen die Zielvereinbarung, die zwischen dem Land und der Hansestadt Rostock abgeschlossen wurde. Die darin festgeschriebenen Zuschüsse bedeuteten letztlich eine bewusste Demontage des Orchesters, so der Vorsitzende des Fördervereins Dr. Thomas Diestel (r.).





In der Finaldebatte der Klassenstufen 11 bis 13 ging es um die Frage: Soll der Polizei erlaubt werden, DNA-Spuren zur Bestimmung der äußeren Erscheinung von Straftätern zu nutzen?

Foto: Cornelius Kettler

Wortgewandter und fairer Schlagabtausch

Landessieger von „Jugend debattiert“ stehen fest

■ **Argumente?** Die gehen Laura Hinneburg nicht so schnell aus. Auch nicht, wenn die Schülerin im Plenarsaal steht, vor mehr als 100 Leuten frei reden soll und die Frage im Raum steht: „Soll der Polizei erlaubt werden, DNA-Spuren zur Bestimmung der äußeren Erscheinung von Straftätern zu nutzen?“. Redestark gemacht hat sie der Wettbewerb „Jugend debattiert“. Vor einem Jahr diskutierte sie sich hier, im Landesfinale, schon einmal bis in die bundesweite Endrunde.

Laura Hinneburg ist die Erste, die nach vorn gerufen wird. Sie atmet noch einmal tief durch. Zehn Tage hatte sie Zeit, sich auf das Thema vorzubereiten. Dass

sie jetzt auf der Pro-Seite steht, hat das Los dagegen erst kurz vor der Debatte entschieden.

Anders als in einer Landtagsdebatte bleibt die Schülerin der Werkstattschule Rostock nicht allein am Rednerpult. Bei ihr ist inzwischen Kim Ariane Schmidtchen vom Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg, Jannes Klingbiel (Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar) und Hannah Kurek (Goethe-Gymnasium Schwerin) stehen in der Finaldebatte nicht nur räumlich auf der anderen Seite.

Laura stellt gleich zu Beginn ein emotionales Szenario in den Raum: Einer nahestehenden Person passiert etwas. Eine Sexualstraftat vielleicht. Oder gar ein Mord. „Sollten wir dann nicht alle Möglichkeiten zur Aufklärung nutzen?“ Alle Möglichkeiten – damit meint sie, aus einem Haar am Tatort auch Hinweise auf Herkunft und Aussehen der tatverdächtigen Person zu entschlüsseln. Die Technik ermöglicht das, die Gesetzgebung bislang nicht. Und dabei soll es auch bleiben, findet Jannes. Die

Methoden seien noch viel zu ungenau, die Risiken von Irrtümern ungleich hoch. Außerdem: In besonderen Fällen dürften diese Informationen mit einem richterlichen Beschluss auch nach derzeitiger Rechtslage schon dekodiert werden, ergänzt Hannah. Eine generelle Ausweitung der Möglichkeiten würde in ihren Augen zu sehr in die Würde des Menschen eingreifen. Das sieht Kim Ariane anders: Im Falle eines Verbrechens sei das Wohl des Täters verwirkt und das Allgemeinwohl stärker. Sie lenkt den Blick auf die Niederlande. „Dort existiert das Verfahren schon seit 2003.“ Auch in Deutschland müssten Gesetze mit der Zeit und Technik gehen. „Der jetzige gesetzliche Rahmen stammt noch aus den 90er-Jahren.“

Rede. Gegenrede. Pro und Contra – 24 Minuten gehen die Argumente hin und her. Dann zieht sich die Jury zurück. Jetzt ist es an ihr, zu diskutieren, wer weiterkommt. Ausschlaggebend ist dabei nicht, ob die Jugendlichen für oder gegen eine Gesetzesänderung sind. Sie bewertet den Auftritt der Debattanten nach den Kriterien Sachkenntnis, Aus-

drucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und Überzeugungskraft.

Laura, Kim Ariane, Hannah und Jannes sind für die Sekundarstufe II ins Rennen gegangen. Als sie für ihre Argumente kämpfen, können sich Tabea-Valentina Ahlert (Käthe-Kollwitz-Gymnasium Rostock), Paula Blaffert (Gymnasium am Tannenbergring Grevesmühlen), Leo Hameister (Werkstattsschule Rostock) und Jijan Yalcinkaya (Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg) entspannt zurücklehnen. Sie haben die finale Debatte für die Sekundarstufe I schon hinter sich – und darüber diskutiert, ob an öffentlichen Schulen im Land Spezialklassen für besonders leistungsstarke Schüler eingerichtet werden sollen.

„Zu guten Debatten gehören klare und verständliche Argumente.“ Beate Schlupp weiß, wovon sie spricht. Als Abgeordnete und 1. Vizepräsidentin des Landtages hat sie schon unzähligen Debatten zugehört und selbst viele Reden gehalten. „Ich bin beeindruckt, wie gut die Jugendlichen vorbereitet waren und auf die Argumente eingegangen sind“, lobt sie und gesteht: „An manchen Stellen hätte ich am liebsten mitdiskutiert.“



Laura Hinneburg

Direkt vergleichen könne man die Debatten nach den Regeln des Wettbewerbs nicht mit den Landtagsdebatten. „Im Plenum gibt es nur einen Redner, alle anderen hören zu und können nur durch Zwischenrufe Zustimmung oder eine andere Auffassung verdeutlichen.“ Direkt auf Vorredner eingehen, dessen Argumente aufgreifen und bekräftigen bzw. auseinanderpflücken könne man nur im Anschluss, wenn man selbst an der Reihe sei. Was die Streitkultur im Plenum angehe, sei sie nicht immer zufrieden. „Da wünsche ich mir eher so eine Debattenkultur, wie wir sie eben erlebt haben“, sagt sie. Mit Blick auf den Bau des neuen Plenarsaals verspricht Beate Schlupp, dass der Landtag für die Finaldebatten 2018 seinen modernen neuen Sitzungssaal zur Verfügung stellen wird. Auch Bildungsministerin Birgit Hesse



Jannes Klingbiel

ist begeistert von „Jugend debattiert“. „Das war eine tolle Debatte auf einem so hohen Niveau und noch dazu brandaktuell.“ In Sachen Spezialklassen habe sie „fleißig mitgeschrieben“, da diese Frage zurzeit heiß diskutiert werde.

Laura und ihre sieben Mitstreiter sind die letzten – und damit besten – acht von rund 7.000 Jugendlichen, die in ihren Schulen in diesem Schuljahr bei „Jugend debattiert“ mitgemacht haben. Jetzt entscheidet sich, wer im Juni zum Bundesfinale nach Berlin fährt. Die Jury kommt zurück. Die Anspannung bei Laura, Kim Ariane, Hannah und Jannes steigt noch einmal. Paula Blaffert und Leo Hameister sind schon aus der ersten Diskussion für Berlin gesetzt. Jetzt folgen Kim Ariane. Und Laura.

Fotos: Cornelius Kettler

Die Landessieger 2017



Die besten Debattanten aus M-V bei der Siegerehrung im Plenarsaal des Landtages.

Altersgruppe 1 (Jahrgangsstufen 8 bis 10)

1. Platz: **Paula Blaffert**, Gymnasium am Tannenbergring Grevesmühlen
2. Platz: **Leo Hameister**, Werkstattsschule Rostock
3. Platz: **Tabea-Valentina Ahlert**, Käthe-Kollwitz-Gymnasium Rostock
4. Platz: **Jijan Yalcinkaya**, Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg

Altersgruppe 2 (Jahrgangsstufen 11 bis 13)

1. Platz: **Laura Hinneburg**, Werkstattsschule Rostock
2. Platz: **Kim Ariane Schmidtchen**, Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg
3. Platz: **Jannes Klingbiel**, Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar
4. Platz: **Hannah Kurek**, Goethe-Gymnasium Schwerin

„Sie hat Justizgeschichte des Landes mitgeschrieben!“

Langjährige Präsidentin des Landesverfassungsgerichts Hannelore Kohl verabschiedet



Foto: Cornelius Kettler

Zur Erinnerung an ihr langjähriges ehrenamtliches Wirken als Präsidentin des Landesverfassungsgerichts überreichte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider Hannelore Kohl ein Sternen-Zertifikat der Schweriner Schlosskirche.

■ Im Rahmen eines festlichen Empfangs im Schlosscafé wurde am 6. April die langjährige Präsidentin des Landesverfassungsgerichts Hannelore Kohl offiziell verabschiedet, zugleich wurde Burkhard Thiele, der im Januar vom Landtag neu in dieses Ehrenamt gewählt worden war, als neuer Präsident des Landesverfassungsgerichts begrüßt.

„Mit Hannelore Kohl geht eine Person in den Ruhestand, die ein Stück Justizgeschichte unseres Landes maßgeblich mitgeschrieben hat“, würdigte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider die Arbeit der scheidenden Verfassungsgerichts-Präsidentin.

Hannelore Kohl war 1997 nach Mecklenburg-Vorpommern, nach Greifswald, gekommen, nachdem sie als erste Frau in der Bundesrepublik Präsidentin eines deutschen Oberverwaltungsgerichts geworden war. Seit Januar 2008 bis zur Vollendung ihres 68. Lebensjahres im Jahr 2016 wirkte sie ehrenamtlich als Präsidentin des Landesverfassungsgerichts.

Stellvertretend für die vielen Entscheidungen, die das Landesverfassungsgericht während der Amtszeit Hannelore Kohls getroffen hat, erinnerte Sylvia

Bretschneider an die erste und die letzte Entscheidung. „Gleich zu Beginn ging es um eine Verfassungsbeschwerde gegen eine unserer Entscheidungen hier im Landtag – die Änderung der Verfassung, mit der die Wahlperiode von vier auf fünf Jahre verlängert worden ist“, sagte sie. Das Landesverfassungsgericht wies diese Beschwerde zurück – die Verfassungsänderung verletze weder Grundrechte noch staatsbürgerliche Rechte. In der letzten Entscheidung Ihrer Amtszeit ging es um ein Organstreitverfahren, das von einem Mitglied der NPD-Fraktion des Landtages der sechsten Wahlperiode eingeleitet worden war. Streitgegenstand war das parlamentarische Fragerecht gegenüber der Exekutive. Die Anträge des ehemaligen Abgeordneten gegen die Landesregierung wurden als unzulässig verworfen, da der Abgeordnete zwischenzeitlich aus dem Landtag ausgeschieden war. Der Abschied von der dritten Gewalt im Lande ist für Hannelore Kohl kein Abschied aus dem öffentlichen Leben des Landes. Sie bleibt dem Land verbunden mit ihrer Erfahrung und ihrem Engagement – u.a. als Vorstandsmitglied der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, als Vorsitzende der Caspar-David-Friedrich-Gesellschaft und als Vorsitzende der Ehrenamtsstiftung des Landes M-V.

72. Jahrestag der Befreiung

Gedenken in Wöbbelin

■ „Vergangenheit können wir weder ungeschehen machen, noch wirklich bewältigen“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider am 2. Mai in der Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin anlässlich des 72. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers.

„Wir haben aber die große Verantwortung, das Gedenken an das Geschehene und an seine Ursachen wach zu halten“, betonte Bretschneider und mahnte: „Es gibt wieder Stimmen, die offen und medienwirksam an die Rhetorik dieser Zeit anknüpfen und ein Ende der aktiven Erinnerungskultur fordern.“ Die beste Versicherung gegen Völkerverhass und Totalitarismus sei die lebendige Erinnerung an und die aktive Auseinandersetzung mit der Geschichte. „Deshalb sind Orte wie die Mahn- und Gedenkstätten Wöbbelin wichtig.“

Während des Zweiten Weltkriegs existierte in der Nähe von Wöbbelin ein Konzentrationslager. Das Außenlager des KZ Neuengamme bestand nur zehn Wochen, vom 12. Februar bis zum 2. Mai 1945. In dieser kurzen Zeit war Wöbbelin Station für über 5.000 Opfer des Hitler-Regimes, über 1.000 von ihnen starben an Krankheiten, Hunger und Erschöpfung.



Foto: Landtag M-V

**Tag der offenen Tür
im Landtag**
Sonntag, 18. Juni 2017, ab 10 Uhr



Foto: Uwe Sinnecker

Hereinspaziert

in den schönsten Landtagssitz Deutschlands

■ Dass alljährlich Tausende zum „Tag der offenen Tür“ in den Landtag kommen, ist kein Wunder: Vom Blick hinter die Kulissen der Landespolitik mit den vielfältigen Informations- und Gesprächsangeboten der Fraktionen und der Fachausschüsse über die Besichtigung des Plenarsaals und vieler nicht immer frei zugänglicher Landtagsbereiche, von der Stippvisite in der Baustelle des neuen Plenarsaals über die Besichtigung der früheren Wohn- und Festräume im Schlossmuseum, vom Besuch der Schlosskirche bis hin zu Musik und Unterhaltung sowie Essen und Trinken im Schlosshof und im Burggaren – im bunten Programm des Tages ist wirklich für jeden etwas dabei.

Im Plenarsaal laden nicht nur die Stühle der Abgeordneten zum Probesitzen ein – es wird auch inhaltlich Interessantes geboten: Vormittags steht das Thema „Bewerbung des Residenzensembles Schwerin um Aufnahme in das UNESCO-Welterbe“ auf dem Programm, mittags ist eine Schaubdebate von Schülerinnen und Schülern aus Wismar mit Abgeordneten zu erleben, und nachmittags geht es um das aktuelle Baugeschehen im Schloss.



Fotos: Angelika Lindenbeck





IM SCHLOSS

Landtagsbereiche

Weißer Marmortreppe, 1. bis 4. Stock
Besichtigen Sie den Plenarsaal, das Ältestenratzzimmer, das Büro der Landtagspräsidentin, die Landtagsbibliothek sowie Büros und Beratungsräume der Abgeordneten.

Fraktionen

Rote oder Weiße Marmortreppe, 1. bis 4. Stock
Die im Landtag vertretenen Parteien öffnen ihre Fraktionsbereiche für Besucherinnen und Besucher und halten ein buntes Informations- und Unterhaltungsangebot für Groß und Klein bereit.
Der Bürgerbeauftragte und der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit informieren über ihre Arbeit und stehen für Fragen zur Verfügung.

Baustelle neuer Plenarsaal

Rote Marmortreppe, 3. Stock
Auf der Baustelle erläutern Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das Vorhaben und beantworten Fragen.

NDR-Studio

Rote Marmortreppe, 1. Stock
Die Redakteure von NDR 1 Radio MV und dem Nordmagazin erklären, wie die Berichte aus dem Landtag entstehen und gesendet werden.

Raum der Landespresserkonferenz

Rote Marmortreppe, 3. Stock
Journalisten informieren über ihre Arbeit als Politik-Berichterstatter.

Besuch bei Niklot/ Goldene Kuppel

Weißer Marmortreppe, 4. Stock
Hier kann man nicht nur Slawenfürst Niklot auf seinem weißen Pferd in Originalgröße bewundern, sondern hat auch einen schönen Blick auf Schlossbrücke, Alten Garten mit der Open-Air-Kulisse für die "West Side Story" und die Schweriner Altstadt. Wer noch höher hinaus will, kann sich hier auch für Führungen in die goldene Kuppel anmelden.

Ausstellungen Lobby

Rote oder Weiße Marmortreppe, 3. Stock
"Von der Residenz des Großherzogs zum schönsten Landtagssitz Deutschlands"
Rote oder Weiße Marmortreppe, 1. Stock
Landtagsbibliothek
„UNESCO-Welterbe in MV“

Schlossmuseum **EINTRITT FREI**

Rote Marmortreppe, 2. und 3. Stock
Die Wohn- und Festräume des Großherzogs mit Thronsaal und Ahnengalerie, dem früheren Waffensaal Hofdornitz, der Silberkammer und der Porzellan-Ausstellung in den ehemaligen Kinderzimmern können besichtigt werden.

Für **Musik und Unterhaltung** sorgen vor dem Schloss und am Südportal Ostseewelle HIT-RADIO, die Bigband der Kreismusikschule Nordwestmecklenburg und SAMBATucada von der Kreismusikschule Parchim/Lübz.

SCHLOSS-INNENHOF

Hier präsentieren sich der NDR mit seinen Formaten NDR 1 Radio MV und Nordmagazin sowie die Schweriner Volkszeitung SVZ.

Schlosskirche

Zur Besichtigung geöffnet. Mitglieder der Schlosskirchen-Gemeinde stehen für Fragen und Informationen zur Verfügung.

Der Sonntags-Gottesdienst findet bereits um 9 Uhr statt.

Landtags-Bistro

Zugang über den Innenhof und vom Museumsportal
Montags bis freitags gibt es hier leckeres und gesundes Mittagessen für die Abgeordneten und Landtagsmitarbeiter. Am „Tag der offenen Tür“ offen für hungrige Besucherinnen und Besucher.

BURGGARTEN

Im Burgarten ist die Vielfaltsmühle des Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ aufgebaut.

Es präsentieren sich Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft und werben für Demokratie und Toleranz. Hier stehen auch der Bürgerbeauftragte des Landes sowie der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit für Fragen und Gespräche zur Verfügung.



GESPRÄCHSRUNDEN IM PLENARSAAL

- 11.00 Uhr
Kulturlandschaft zwischen Schloss, Stadt und Park
Das Schweriner Residenzensemble auf dem Weg zum Welterbe
- 13.00 Uhr
Sollen Eltern verpflichtet werden, die Computernutzungszeit ihrer Kinder zu beschränken?
Schüler vom Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar debattieren mit Abgeordneten.

- 15.00 Uhr
Neues vom Bau
Der neue Plenarsaal und weitere Bauvorhaben im Schweriner Schloss
- Fachausschüsse**
Rote oder Weiße Marmortreppe, 2. und 3. Stock
Die Fachausschüsse des Landtages präsentieren ihre Arbeit. Fachpolitiker der Fraktionen der Fraktionen stehen für Diskussionen und Gespräche zur Verfügung.



Fotos: Angelika Lindenbeck

Präsentation der Fachausschüsse

Raum	10.00 bis 11.30 Uhr	11.45 Uhr bis 13.15 Uhr	13.30 Uhr bis 15.00 Uhr	15.15 Uhr bis 16.45 Uhr
260	Innen- und Europaausschuss	Wirtschaftsausschuss	Agrarausschuss	Sozialausschuss
357	Rechtsausschuss	Finanzausschuss	Energieausschuss	Bildungsausschuss
360	10.00 Uhr bis 17.00 Uhr Petitionsausschuss			

Foto: Cornelius Kettler



Foto: Landtag M-V



Foto: Landtag M-V



Seit dem 5. April schmückt das Polyptychon „Anno Domini 2013-15“ von Götz Schallenberg den Flur im 4. Obergeschoss des Landtages. „Die Bilder machen auf klare, einfache und eindringliche Weise deutlich, welche Bilder von Krieg und Leid die Jahre 2013 bis 2015 prägten und uns auch im Jahr 2017 begleiten: Epidemien, Kriege, Terrorismus und Flucht“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bei der Ausstellungseröffnung. Mit seinen Werken mache Götz Schallenberg auf Gewalt, Armut und Not in der Welt aufmerksam, rüttelte auf und sensibilisiere die Betrachter. „Damit schaffen Sie den deutlichen Appell, dass wir nicht aufgeben dürfen aktiv für Gerechtigkeit und Frieden auf dieser Welt einzutreten“, so Bretschneider.

Am 10. April empfing Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, den Botschafter von Ungarn, S. E. Dr. Péter Györkös. Der Botschafter, der von dem für M-V zuständigen Honorarkonsul Jörg Reimer begleitet wurde, informierte sich über die aktuelle politische Situation in Mecklenburg-Vorpommern sowie über die parlamentarische Arbeit im Landtag. Als eines der Großprojekte der aktuellen Legislaturperiode erläuterte Beate Schlupp dem Botschafter den kommunalen Finanzausgleich.

Am 1. Mai war der Landtag mit seinem Projekt „Landtag vor Ort“ beim Greifswalder Kulturfest für Solidarität und Weltoffenheit dabei. Am Stand des Landtages konnten Besucherinnen und Besucher mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider ins Gespräch kommen, bei einem Demokratie-Parcours ihr Wissen testen und an der „Meinungswand“ Fragen und Anregungen zur Landespolitik äußern. Auch der Bürgerbeauftragte des Landes Matthias Crone war vor Ort und stand für Fragen und Hilfe bei Problemen mit Behörden zur Verfügung. Mit seinem Engagement unterstützt der Landtag das überparteiliche Bündnis „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“.

Mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal „Die Mutter“ in Raben-Steinfeld (bei Schwerin) erinnerten am 8. Mai Vertreter von Landtag und Landesregierung, der Stadt Schwerin, der Bundeswehr, des DGB und von Opferverbänden an das Ende des 2. Weltkrieges vor 72 Jahren. Für den Landtag legte Vize-Präsidentin Dr. Mignon Schwenke einen Kranz nieder. In Raben-Steinfeld ging am 2. Mai 1945 der Todesmarsch von Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen zu Ende. Das Denkmal soll an das Ende des Martyriums, aber auch an das Leid von Müttern in kriegesischen Auseinandersetzungen und Gewaltherrschaften weltweit erinnern.

Foto: Viktor Micheilis

